



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 286

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 - Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 - Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-adresse / fivobla@fivobla.LOL.li - Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



MOBIL-EXTRA Open-Air- Fahrspass

Mercedes-Benz präsentiert im März 1998 beim Genfer Autosalon das sportlich elegante CLK-Cabrio. Seite 5



OPERETTE BALZERS Eine Nacht in Venedig

Die Lieder aus dieser Operette von Johann Strauss gehören zu den Glanzpunkten der Operettenmusik. Seite 2

TAGESSCHAU

Für zweites Unterländer Schulzentrum

«Mit Bestürzung» habe die Lehrerschaft der Realschule Eschen festgestellt, dass ein zweites Unterländer Schulzentrum im Hochbautenbereich der Regierung nur als 3. Priorität aufgeführt werde, heisst es in einer Mitteilung. Unter den Lehrerinnen und Lehrern des Pflichtschulbereichs und des Kindergartens wurde deshalb eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Das Ergebnis, das gestern veröffentlicht wurde, kann sich sehen lassen: 81 Unterschriften sind auf den Unterschriftenblättern für die einzelnen Schulen enthalten. «Die grosse Anzahl der bei uns eingegangenen Unterschriften», hält die Lehrerschaft der Realschule Eschen fest, «bestätigt uns in unserem Anliegen, den Schulhausneubau der 1. Priorität zuzuordnen.» Die Ergebnisse der Umfrage sind auch Regierungschef Mario Frick, Bildungsminister Norbert Marxer und Schulamtsleiter Guido Wolfinger zugeleitet worden.

Keine Gnade für Tibeter

Die Regierung hat in der Sitzung vom 9. Dezember 1997 zwei weitere Gesuche von tibetischen Asylwerbern um Gewährung von politischem Asyl abgewiesen. Die Regierung hat damit bisher 10 Asylgesuche von tibetischen Asylbewerbern abgelehnt und einem Gesuch stattgegeben. Es sind damit noch zwei Asylentscheide der Regierung ausstehend. Die Abklärungen in diesen beiden Asylverfahren werden allerdings aufgrund verschiedener Unklarheiten noch einige Zeit benötigen, so dass mit den entsprechenden Entscheidungen nicht mehr in diesem Jahr zu rechnen ist. (paf)

Finn Christian Jagge gewinnt in Sestriere

Der Norweger Finn Christian Jagge, der Slalom-Olympiasieger von 1992, hat in Sestriere den Weltcup-Nachtslalom für sich entschieden und damit seinen vierten Weltcup-Sieg errungen. Jagge liess den Österreicher Thomas Sykora, den Slalom-Weltcup-Sieger des Vorwinters, um 0,34 Sekunden hinter sich. Dritter wurde überraschend der mit Nummer 37 gestartete Hans-Petter Buraas, ein Teamkollege von Jagge. Der Slowene Jure Kosir, der Führende nach dem ersten Lauf, schied aus. Alberto Tomba stiess im zweiten Durchgang mit Laufbestzeit vom 20. auf dem 4. Rang vor. Seite 9

85 Tote bei Flugzeugabsturz

SCHARDSCHA: Beim Absturz eines tadschikischen Passagierflugzeugs sind am Montag in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) 85 der 86 Insassen ums Leben gekommen. Eine Person überlebte das Unglück. Wie die Nachrichtenagentur der Emirate berichtete, stürzte die Maschine vom Typ Tupolew 154 der staatlichen tadschikischen Luftfahrtgesellschaft in ein Wüstengebiet zwölf Kilometer vom Flughafen von Schardscha entfernt. Das Flugzeug kam aus Chudschand in Tadschikistan. An Bord befanden sich der Agentur zufolge 77 Passagiere und neun Besatzungsmitglieder. Schardscha ist eines der sieben Emirate der VAE. Es liegt etwa 20 Kilometer nördlich von Dubai. Die aus alter sowjetischer Produktion stammende Tupolew Tu-154 ist eine dreistrahlige Maschine, die im Mittelstreckenverkehr eingesetzt wird. Maschinen dieses Typs waren in den letzten Jahren häufiger in Abstürze verwickelt. In Fachkreisen gilt das Flugzeug als nicht sicher. Bei einem Absturz im Dezember 1995 kamen im Fernen Osten Russlands alle 97 Insassen einer Tu-154 ums Leben. Im Januar 1994 starben bei einem Absturz in Sibirien 125 Menschen, im Juni desselben Jahres stürzte in China eine Tu-154 ab, wobei alle 160 Insassen getötet wurden.

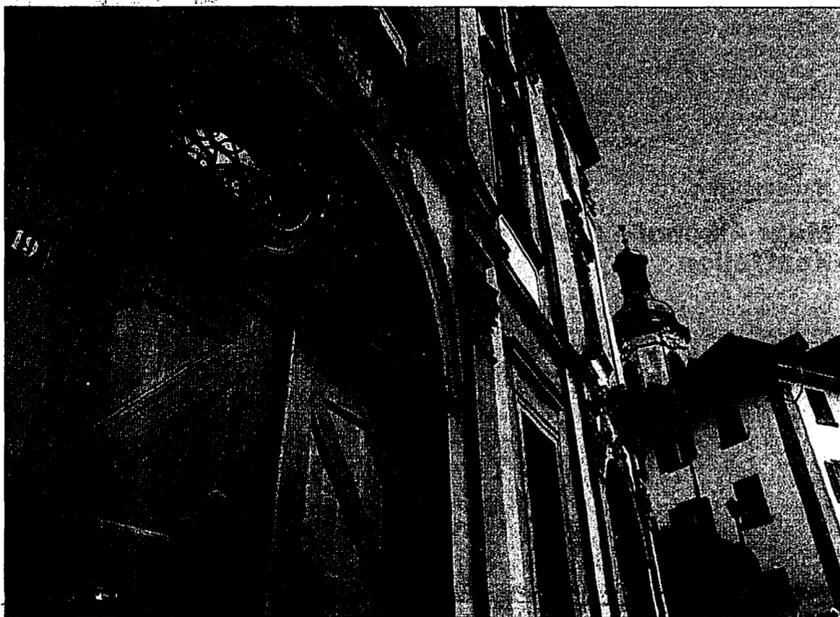
Über 6000 Unterschriften

Am Mittwoch morgen wird die grösste Petition Liechtensteins im Landtag übergeben

Die Petition für den Verbleib von Liechtenstein im Bistum Chur weckt positive wie negative Emotionen. Nach bisherigen Auszählungen - 6000 Unterschriften waren es bis gestern abend - steht jedoch fest, dass die am 5. Dezember 1997 gestartete Unterschriftenaktion die grösste Petition in der Geschichte Liechtensteins sein wird.

Die Meinungsumfrage über den Verbleib Liechtensteins im Bistum Chur, die in der Samstagsausgabe veröffentlicht wurde, bestätigte, wie gespalten die Bevölkerung gegenüber der Errichtung einer Erzdiözese Vaduz ist. Bedenklich scheinen jedoch Emotionen, wenn Unterschriftensammler beschimpft werden. So mussten sich zwei junge Leute die Aussage gefallen lassen, dass es besser wäre zu arbeiten statt Unterschriften zu sammeln, oder dass ihre Freizeit besser ausgefüllt sei, wenn sie den Rosenkranz lernten. Ein Pfarrer verbot gar den Pfarreiratsmitgliedern, ihre Unterschrift unter die Petition zu setzen.

Doch der überwiegende Teil der Begegnungen war positiv. «Ich machte keine einzige negative Erfahrung», erklärt Peter Vogt, Pastoralassistent in Vaduz, gegenüber dem VOLKSBLATT, «es gab einige sachliche Diskussionen». Allgemein als positiv wurde die sofortige Stellungnahme der Dekanatsversammlung sowie die Initiative des Administrationsrates aufgenommen. Positiv aufgefallen ist Peter Vogt, dass nicht nur die Jüngeren für die Petition sammelten, sondern



Bischof Wolfgang Haas wird in Kürze seinen Sitz von Chur nach Liechtenstein verlegen.

auch ältere Menschen. Nach Auskunft von Robert Büchel, Mitinitiator der Gebets- und Besinnungsstunden an den vergangenen beiden Sonntagen in der Schaaner Pfarrkirche, war die Stimmung gut. «Für unsere Begriffe waren viele Menschen anwesend, einige Besucher haben sich auch ins Fürbittbuch eingetragen», sagte er.

Beschimpft wurden die Unterschriftensammler am letzten Samstag von einer Frau, dass es nicht fair sei, wie mit dem Bischof umgegan-

gen werde. Dennoch unterschrieb die aufgebrachte Dame die Petition, nachdem sie erfahren hatte, dass sie mit ihrer Unterschrift gegen die Errichtung einer Erzdiözese protestiere und das Vorgehen Roms missbillige.

Die Gerüchteküche brodelt

Mit Sicherheit steht jetzt schon fest, dass die Unterschriften, die am Mittwoch morgen kurz vor 9 Uhr dem Landtagspräsidenten übergeben werden, die grösste Petition in

der Geschichte Liechtensteins sein wird. Bisher galt die Unterschriftenaktion für die Musikschule mit 3500 Unterschriften als Rekord.

Wie könnte es anders sein, dass in solchen Situationen auch die Gerüchteküche brodelt. Bischof Wolfgang Haas wird als künftiger Pfarrer von Vaduz und Domherr Christoph Casetti als Pfarrer von Schaan «gehandelt». Ein weiteres Gerücht, das kursiert: Liechtenstein könnte eine Prävektur werden. Mario Heeb

EWR-Schutzklausel

Regierung über EWR-Verhandlungen

Die Regierung musste die Schutzklausel gemäss EWR-Vertrag anrufen, weil die Gespräche über den freien Personenverkehr noch nicht zum erhofften Zeitpunkt abgeschlossen werden konnten. Nun liegt die Hoffnung auf ein Verhandlungsergebnis im nächsten Jahr.

Kurz vor Ablauf der EWR-Übergangsfrist für den freien Personenverkehr, die Liechtenstein die Aufrechterhaltung von geltenden Beschränkungsmaßnahmen für den Zuzug von Ausländern erlaubte, sollte ein für Liechtenstein akzeptables Verhandlungsergebnis präsentiert werden. Doch die Regierung hat sich offensichtlich verrechnet. Die Gespräche mit den EWR-Partnern über den Abschluss von Sonderregelungen konnten noch nicht abgeschlossen werden, wie schon Verhandlungsleiter Botschafter Prinz Nikolaus am Freitag gegenüber dem VOLKSBLATT erklärte. Um zu verhindern, dass ab dem 1. Januar 1998 die Grenzen für alle EWR-Angehörigen für die Wohnsitznahme in Liechtenstein geöffnet werden müssten, musste die Regierung die im EWR-Vertrag vorgese-

hene Schutzklausel anrufen. Bis zur definitiven vertraglichen Regelung des Personenverkehrsbereichs, so die Regierung gestern in einer Mitteilung, würden die Begrenzungsmaßnahmen auf die allgemeine EWR-Schutzklausel abgestützt. Obwohl sie ihre Zielsetzung, nämlich die Verhandlungen bis spätestens Ende Jahr zum Abschluss zu bringen, nicht erreicht hat, gibt sich die Regierung in ihrer gestrigen Pressemitteilung optimistisch: «Die Regierung geht nach wie vor davon aus, dass ein für Liechtenstein akzeptables Verhandlungsergebnis gefunden werden kann.» Die Inanspruchnahme der Schutzklausel wurde den EWR-Vertragspartnern mitgeteilt. Gleichzeitig sei im Grundsatz erklärt worden, welche Massnahmen Liechtenstein ab dem 1. Januar 1998 bis zum Vorliegen einer endgültigen Regelung ergreifen werde, um weiterhin eine kontrollierte Immigrationspolitik gewährleisten zu können. Das bisherige Begrenzungsregime, so die Regierung, werde weiterhin Anwendung finden - mit einigen spezifischen Erleichterungen, die nicht näher erläutert werden. Günther Meier

Nicht dramatisieren

Finanzplatz Vaduz und Spiegel-Bericht

«Der Finanzplatz Liechtenstein kommt nicht ins Wanken». Dieser Überzeugung ist Dr. Werner Keicher, Präsident der Vereinigung liechtensteinischer Finanzdienstleistungsunternehmen, nach dem Bericht des Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» über eine «Liechtenstein-Connection».

«Die Trutzburgen der Kapitalflüchtlinge werden geschleift», hiess es gestern in der «Süddeutschen Zeitung» mit Bezug auf einen umfangreichen Bericht des «Spiegel», dessen Informationen sich offensichtlich auf entwendetes Material in einer Rechtsanwaltskanzlei in Vaduz stützten. Im Gegensatz zum «Spiegel», der die Informanten für den Hintergrundbericht für sich behielt, nannte die «Süddeutsche» den Auslöser der Affäre: «Ein untreuer Angestellter hat bei einem der wichtigsten Treuhänder des Zwergstaates die Disketten stiebt.» Für Dr. Herbert Batliner, der gestern für die Medien nicht erreichbar war, ist dieser Diebstahl und die Weitergabe der vertraulichen Geschäftsunterlagen «eine der grössten Enttäuschungen meines Lebens» und ein

«Flächenbrand» für den Finanzdienstleistungssektor. Nach den Ausführungen des Präsidenten der Vereinigung der Finanzdienstleistungsunternehmen Liechtensteins, Werner Keicher, ist dem Finanzplatz Vaduz mit diesen kriminellen Machenschaften Schaden zugefügt worden. Doch warnte Keicher in einem Gespräch mit dem VOLKSBLATT vor einer Dramatisierung: «Der Finanzplatz Liechtenstein kommt nicht ins Wanken!» Die Auswirkungen würden sich in Grenzen halten, weil es sich um einen Einzelfall mit krimineller Handlung handelt. Dass ausländisches Geld in Liechtenstein oder über Liechtenstein angelegt werde, sei auch den deutschen Steuerbehörden bekannt. Die Verwaltung ausländischen Vermögens ist in Liechtenstein völlig legal, ebenso die Ausnützung von steuerlichen Vorteilen mit Hilfe des Gesellschaftswesens. Regierungschef Mario Frick, für das VOLKSBLATT gestern nicht zu einer Auskunft bereit, erklärte am Abend gegenüber Radio L, dass keine gesetzlichen Massnahmen für den Schutz des Finanzplatzes notwendig seien. Günther Meier